

Ein Gespräch mit Norman Paech

Norman Paech ist emeritierter Professor für Völkerrecht in Hamburg

F: Sie sind gerade aus den USA zurückgekehrt, wo Sie sich für die „Cuban Five“ eingesetzt haben, kubanische Staatsbürger, die wegen Spionagevorwürfen in Florida zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt sind. Welchen Stellenwert hat der Fall?

Die fünf Inhaftierten haben für die kubanische Regierung und Gesellschaft in etwa die Bedeutung, die in Israel Gilat Schalit bekam, einem Soldaten, der im Gaza-Streifen Gefangener der Hamas war. Die Männer in Miami wurden bereits 2001 zu Haftstrafen zwischen fünfzehn Jahren und zweimal lebenslänglich verurteilt. Das Verfahren war grob unfair und genügte rechtsstaatlichen Maßstäben überhaupt nicht. Nachdem die Mittel auf juristischem Wege fast vollständig ausgeschöpft sind, strebt die Regierung in Havanna eine politische Lösung an und will für eine Begnadigung entsprechenden Druck in Washington aufbauen.

F: Welche Unterstützung haben Sie geleistet?

Es gibt ein Internationales und ein US-amerikanisches Komitee zur Befreiung der Cuban Five, welche beide in Kalifornien beheimatet sind und eine internationale Woche der Solidarität in Washington ausgerufen haben. Von kubanischer Seite wurde ich gebeten, daran teilzunehmen. Also betrieben wir Lobbyarbeit im Kapitol und ich sprach auf einer Veranstaltung mit internationaler Beteiligung.

F: Wie verliefen Ihre Treffen im Kapitol, dem Parlamentssitz in Washington?

Kein Senator oder Kongressabgeordneter hat sich unseren Fragen direkt gestellt, sondern Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter geschickt. Die waren allerdings erstaunlich wenig informiert über das Thema. Sie wissen allenfalls von Alan Gross, der als Mitarbeiter von US Aid in Kuba tätig und als CIA-Mitarbeiter aufgefliegen war. Ein Gericht verurteilte ihn zu einer fünfzehnjährigen Freiheitsstrafe, er sitzt jetzt seit zwei Jahren im Gefängnis. So haben wir Aufklärungsarbeit geleistet, wobei man uns schnell zu verstehen gab, daß vor den Wahlen im Herbst mit keiner Initiative der Parlamentarier zu rechnen ist. Nach den Wahlen muss die Situation neu bewertet werden.

F: Und welche Wahrscheinlichkeit sehen Sie dafür?

Wir sind ziemlich skeptisch, die Hoffnungen in US-Präsident Barack Obama sind sehr gering. Er hat andere außenpolitische Prioritäten. Die Haltung gegenüber Havanna zeigte sich zuletzt während des Gipfels der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im kolumbianischen Cartagena in der vergangenen Woche, als Obama auf einem Ausschluss Kubas bestand, während die lateinamerikanischen Staaten erklärten, zu keiner Tagung mehr zusammen zu kommen, wenn Kuba außen vor bleibt. Das zeigt den gewaltigen Einfluss, den die exilkubanische Camarilla in Miami noch immer auf die Politik in Washington hat.

Die Frage der Cuban Five stört wie ein Pfropfen im Flaschenhals die amerikanisch-kubanischen Beziehung. Solange dieses Problem nicht gelöst ist, kann es keine Annäherung auf anderen Gebieten geben, etwa der noch immer bestehenden Wirtschaftsblockade.

F: Sie waren wegen der gefangenen Kubaner auch in Havanna selbst.

Ja, ich war im letzten Jahr auf einer internationalen Konferenz und habe dort mit dem Parlamentspräsidenten Alarcon gesprochen. Dort erfuhr ich, dass Obama zwar als blendender Redner geschätzt wird, man von ihm in der Praxis derzeit aber nichts erwartet. Nach meiner Wahrnehmung hegen die Kubaner durchaus eine vage Hoffnung, daß es einen Austausch gegen Alan Gross geben könnte.

F: Der ist also nur ein Tauschobjekt?

Das könnte man meinen, wenn man nicht wüsste, daß Gross für Obama nicht den Stellenwert hat, wie Gilat Shalit für die israelische Regierung. Außerdem wurde Gross als klassischer Spion überführt, inklusive seiner technischen Ausrüstung. Die Cuban Five dagegen haben zwar die exilkubanische Szene in Miami unterwandert, aber nicht die Sicherheit der USA bedroht. Sie wollten Terroranschläge in der Tradition der Invasion in der Schweinebucht verhindern. In den Jahren vor 1999 wurden bei solchen Angriffen immerhin 3 500 kubanische Staatsbürger ermordet.

F: Die fremdstaatliche Überwachung der Exilopposition wird aber auch in Deutschland von der Gegenspionage, dem Verfassungsschutz, verfolgt.

Kuba bestreitet die Agententätigkeit gar nicht. Es geht darum, daß die Strafen viel zu hoch sind und die Familien ihre Männer zum Teil seit über 13 Jahren nicht besuchen konnten.

Interview: Mirko Knoche